

Bezugspreis:

Einzelheft 3,00 M.

Bei den Postämtern

auschl. Bestellgeld

3 M.

Erhältlich täglich mit Aus-

nahme der Sonn- und

Feiertage.

Druck und Verlag

von G. H. Sommer,

Bad Gm.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

Preise der Anzeigen:

Die einseitige Kleinanzeige

oder deren Raum 80 H.

Kleinanzeige 90 H.

Schriftleitung und

Geschäftsstelle:

Bad Gm., Römischer Str.

Gerichtspräsident Hr. T.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Rich. Hein, Bad Gm.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 243

Bad Gm., Dienstag, den 9. Dezember 1919

71 Jahrgang

Die Verhandlungen mit der Entente.

Die neue Note der Entente ist etwas milder ausgefallen, als nach den ersten Meldungen erschien. Nach dem „Matin“ enthält die Note keine Aufforderung an die deutsche Regierung, innerhalb einer bestimmten Frist auf die Vorschläge des Fünferates zu antworten. Sie enthält nur einen Hinweis darauf, daß im Falle der Weigerung der deutschen Regierung, das Zusatzprotokoll zu unterzeichnen, der Waffenstillstand gekündigt werden würde. Die Note soll hinsichtlich der Versenkung der Scapa Flow-Flotte denselben Standpunkt vertreten, wie der Fünferat, jedoch soll dem Lebensinteresse der deutschen Wirtschaft (gemeint ist die Auslieferung der Docks und Digger d. Schr.) Rechnung getragen werden. Ferner wird die Note feststellen, daß die deutschen Kriegsgefangenen sofort nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in die Heimat geschickt werden würden. Ein weiteres Zugeständnis wird hinsichtlich des Zusatzprotokolls gemacht werden, das militärische Gegenmaßnahmen auch nach der Wiederherstellung des Friedens vorseht. Die Alliierten begnügen sich mit den Maßnahmen, die im Vertrage von Versailles vorgesehen sind.

Militärische Maßnahmen gegen Deutschland? Wie die holländischen Korrespondenten in Paris melden, droht eine militärische Aktion gegen Deutschland, die sich in erster Linie gegen Rostocks Polizeiorganisationen richten soll. — Die Agenten Pabas meldet aus Paris: Ob schon die Unterredungen, die zwischen Marshall Foch und General Wilson stattgefunden haben, geheim waren, erzählt der „Matin“, daß immerhin das eine sicher sei, daß nämlich die Stellung Englands in den gegenwärtigen Verhandlungen von absoluter Wichtigkeit sei: „Es werde seine Mitwirkung sowohl bei den diplomatischen Schritten, die in Berlin unternommen werden sollen, als auch für die gegebenenfalls notwendig werden militärischen Maßnahmen fehlen. Der Oberste Rat wird sich heute vormittag mit der Deutschland gegenüber einzunehmenden Haltung beschäftigen und auch die militärischen Sachverständigen anhören.“ — Das „Echo de Paris“ stellt mit Befriedigung das vollkommene Einverständnis zwischen Marshall Foch und General Wilson fest: „Wir wissen“, so fügt das Blatt hinzu, „daß unsere Okkupationsarmeen alle Vorbereitungen für alle Möglichkeiten treffen werden.“ — Der „Excelsior“ erklärt, daß, obgleich man im französischen Auswärtigen Amte den gesamten Aktionsplan festgelegt habe, man sich doch schon in einem technischen Sonderausschuß damit beschäftigt habe. Das Blatt fügt hinzu, daß nach Angaben von unterrichteter Stelle die in Berlin durch die amerikanische Regierung unternommenen Schritte auf die Entwicklung, wie sie sich gegenwärtig in Deutschland vollzieht, nicht ohne Einfluß geblieben seien. Eine Note werde heute abgesandt werden, damit die deutsche Regierung endlich diese Entwicklung beschleunige.

Der Kampf um das Zusatzprotokoll. Der Kampf veröffentlicht eine Unterredung der deutsche Vertreter in Versailles, Hr. v. Versner mit einem Vertreter des Reuterschen Pressenbureaus gehabt hat. Hr. v. Versner habe erklärt, er habe bis jetzt noch niemand eine Unterredung gewährt, im vorliegenden Falle mache er eine Ausnahme, weil es der sehnlichste Wunsch seiner Regierung sei, daß der Friedensvertrag in befriedigender und rascher Weise in Kraft trete. Deutschland könne die Bestimmungen des Zusatzprotokolls, die im Friedensvertrag nicht vorgesehen seien, nicht bedingungslos unterzeichnen; es sei aber bereit, das Zusatzprotokoll anzunehmen, wenn der Schlussatz gestrichen würde, weil Deutschland nicht zulassen könne, daß nach dem Frieden ein fremder Staat in sein Gebiet eindringe unter dem Vorwande, daß irgendeine unbekannte Verpflichtung nicht erfüllt worden sei. Hr. v. Versner gab dem Vertreter des Reuterschen Bureaus Kenntnis von dem Schlusatz, der diesem unbekannt war. Er erklärte ferner, daß man offenbar glaube, daß der von Deutschland angeregte Gedanke, die Frage von Scapa Flow vor das Schiedsgericht im Laag zu bringen, irgendeine Ratifizierung des Friedensvertrages hinauszuziehen solle. Das Gegenteil sei wahr. Wenn die Verbündeten den deutschen Vorschlag annähmen, könne das Protokoll sofort unterzeichnet werden. Die baltische Frage sei insofern so geregelt, da die deutschen Truppen Litauen vollständig geräumt hätten.

Die Ablieferung der Milchkuhe.

Berlin, 5. Dez. Das Reichswirtschaftsministerium beruft in der heutigen Nummer des Reichsanzeigers die Bekanntmachung über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrags. Die abzutretenden Tiere, zu denen auch unter anderem Pferde, Stiere, Böcke, Schafe und Mutterkühe gehören, sollen, soweit sie nicht als weggelassen oder beschlagnahmt nachgewiesen werden, ihrem Wert nach auf die Verpflichtungen der Wiedergutmachung angerechnet werden. In der Bekanntmachung, deren Ausführung die Rohstoffe der deutschen Verbündeten und des deutschen Volkes der stärksten Belastungsprobe aussetzt, werden durch das Reichswirtschaftsministerium die aufzubringenden Tiere von den Ländern als Leistungsverbänden angefordert. Die Länder können die Tiere beschlagnahmen und entziffern und diese Befugnis auf Unterverbände übertragen. Der Anforderung unterliegen nicht eine Milchkuh oder nach

Wahl des Besitzers statt einer solchen zwei Biegen oder zwei Schafe, wenn die bezeichneten Tiere für die Ernährung des Besitzers, seiner Familie und seines Gefolges unentbehrlich sind. Was aber, wenn ein mit der Beschlagnahme bedrohter Besitzer beispielsweise ein Pferd oder eine gewisse Anzahl von Pferden zur Ausübung seines Berufes oder Gewerbes dringend braucht? Wenn auch wohl anzunehmen ist, daß die Unterverbände solchen Bedürfnissen Rechnung tragen werden, ist doch vorläufig der Willkür einzelner Unterorgane noch freie Hand gelassen. Eine besondere Härte ist in der Entschädigungsfrage enthalten. Ist nämlich die Anforderung durch die deutsche Wehrmacht mit der Maßgabe erfolgt, daß die Tiere im Falle ihrer Zurückweisung durch den Verband zurückgenommen werden müssen, so hat zwar das Rücknahmeverlangen binnen zwei Wochen nach der Zurückweisung zu erfolgen. Und der zur Rücknahme Verpflichtete hat die Vergütung bzw. die Entschädigung zurückzahlen. Wie steht es aber mit der Vergütung für den Ausfall an Verdienst und Erwerbsmöglichkeit in der Zeit von der Ablieferung bis zur Rücknahme? Die Härte ähnlicher Bestimmungen kennzeichnet die Zwangslage, in der die deutsche Regierung mit dieser Auslieferungsverpflichtung sich befindet.

Die besetzten Gebiete.

Die Abzgangsgrenze. Wie bekannt, hat die Reichsregierung vor einiger Zeit eine sogenannte Abzgangsgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet eingerichtet, in der diejenigen Waren aufgeführt werden, die ohne Einfuhrbewilligung ins besetzte Gebiet gelangt sind und nun von dort ins unbesetzte weitergebracht werden sollen. Es handelt sich dabei um die zentralbewirtschafteten Lebensmittel. Wie die A. Z. erzählt, soll schon in nächster Zeit diese Anordnung auch auf eine große Reihe anderer Waren ausgedehnt werden, so daß die Grenze zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet noch enger geschlossen wird. Der Grund dieser Maßnahme liegt in dem Bestreben, volkswirtschaftlich schädliche Einfuhr nach Möglichkeit zu bekämpfen und dadurch für Kräftigung des Marktwortes beizutragen.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 6. Dezember 1919.

Die zweite Haushaltsberatung wird beim Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Abschnitt Volks- und Lebenswesen fortgesetzt.

Hr. Runge (L.) stellt folgende Frage: „Was hat denn das Christentum während seiner 2000jährigen Herrschaft an wirklicher Erziehungsarbeit geleistet?“

Ministerialdirektor Kästner spricht über die Lehrkräfte, die nicht nur Gutachten abgeben, sondern auch mit beschließen und entschließen sollen.

Bei Beantwortung der Anfragen erklärt der Ministerialdirektor, daß nach Ansicht des Ministers durch kirchliche Handlungen, an denen jeder teilnehmen könne, der Schulunterricht nicht beeinträchtigt werden würde. In Sachen der Aufhebung der geistlichen Ortschulaufsicht stehe ein Erlaß des Ministers bevor. Um die große Notlage der Lehrer zu lindern, soll die Beamtenbeförderungsreform, einschließlich der Lehrerbeförderung bis 1. April 1920 durchgeführt werden. Die Volkshochschule gehöre zum Volksschulsystem und nicht zum Hochschulsystem. Sie solle politisch und konfessionell absolute Neutralität üben.

Hr. Frau Stoffers (Str.) wendet sich gegen die Aufhebung der Ehelosigkeit der Lehrerinnen, im Interesse der Familie, der Schule, der Volksgemeinschaft und der Frauenarbeit. Für die jungen unbeschäftigten Lehrer und Lehrerinnen will sie die Erwerbslosenfürsorge eingeführt wissen. Sodann schildert sie die Not der Landchulen und ihrer Lehrkräfte. Sie unterstützt den allgemeinen Antrag sämtlicher Fraktionen um Gleichstellung im Gehalt für die Lehrkräfte in Stadt und Land.

Hr. Otto (Dem.) wünscht zu erfahren, wie die Lehrerbeförderung reformiert eigentlich gedacht ist, und in welche Kategorie von Beamten die Lehrerschaft einrangiert werden soll. Die Lehrerschaft fordert unbedingte Gleichstellung im Gehalt mit den Staatsbeamten.

Ministerialdirektor Kästner erklärt, nähere Angaben über die Höhe der zukünftigen Beförderung der Lehrer nicht machen zu können, da noch unbestimmt sei, wie im Reich die Gehälter der mittleren Beamten festgelegt werden.

Hr. Hermann (Deutsch. Vp.) tritt dafür ein, daß die Volkshochschule die Pfingststätte deutscher Kultur bleibe. Die Schule muß, um ihre Aufgaben voll zu erfüllen, staatliche Anstalt werden.

Hr. Heumann (D. Vp.) tritt für den Lehrerstand ein, der durch den Krieg verelendet sei. Dills sei unbedingt nötig, und sie müsse trotz der schlechten Finanzlage gebracht werden. Dienstag 12 Uhr: Fortsetzung, vorher Anfragen.

Deutschland.

Der Streik in Hamburg. Die Arbeiter der Vulkanwerke in Hamburg haben eine Versammlung abgehalten und beschlossen, die Arbeit unter den von der Verwaltung der Werke gestellten Bedingungen (Stücklohnarbeit und Richtwiedereinstellung der durch ihr unverantwortliches Verhalten gekennzeichneten Minderheit) wieder aufzunehmen. Die Versammlung erkannte in ihrer Mehrheit die Notwendigkeit an, daß die Arbeitsverhältnisse auf der Werk von Grund auf zu ändern seien. Die Betriebsleitung der Werke hat sich grundsätzlich bereit erklärt, den Betrieb nach An-

nahme ihrer Bedingungen durch die Arbeiterchaft demnach wieder zu eröffnen. Die infolge des Streiks arbeitslos werdenden Arbeiter erhalten keine Erwerbslosenunterstützung.

Der 10. Ausschuß der Nationalversammlung zur Vorbereitung des Reichsnotopfergesetzes hat schriftlichen Bericht über seine Beratungen erstattet. Die Kommission hat im allgemeinen den Regierungsentwurf ohne größere Änderungen angenommen, weil das Reichsnotopfer das künftig sich bildende Vermögen im Interesse des Anreiz zur Sparbarkeit nicht erfasst, was bei einer auf Jahre verteilten Vermögenssteuer der Fall wäre. Auch werde in Zukunft eine ständige Belastung durch eine Vermögenssteuer nicht möglich sein, wenn man die Erbschaftsteuer, Kapitalertragssteuer und Vermögenszuwachssteuer einführt. Eine einmalige Abgabe wurde als der beste Ausweg gefunden. Von den Änderungen, die der Ausschuß am Entwurf vorgenommen, seien folgende erwähnt: Abgabefrei sind Universitäten, Hochschulen, politische Parteien und Vereine. Als steuerfrei gelten neben Hausrat bewegliche körperliche Gegenstände aus edlem Metall, die geschichtlichen oder künstlerischen oder wissenschaftlichen Wert haben und schon vor Kriegsausbruch im Besitz des Eigentümers gewesen sind und soweit sie einen Wert unter 20000 Mark ausmachen. Bei der Berechnung des Vermögens sind Zugeständnisse gemacht bei Abgabepflichtigen mit einem steuerbaren Vermögen von nicht mehr als 100000 Mark, die keinen Anspruch auf Pension haben und über 45 Jahre alt sind. Deutsche, die während des Krieges im Auslande oder im abgetretenen Gebiete Verluste hatten, bleiben bis 50000 Mark abgabefrei.

Der Belagerungszustand in Groß-Berlin ist durch Beschluß der preussischen Staatsregierung wieder aufgehoben worden.

Die in Jena tagende, aus 69 freigesählten Abgeordneten bestehende erste Thüringer Landesversammlung beschloß einstimmig den Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen der thüringischen Staaten zu einer einheitlichen Thüringer Volkskirche.

Zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen wird, wie der Berliner Volksanzeiger meldet, der ehemalige sozialdemokratische Parteiführer und bisherige Staatssekretär für Obersachsen, Friedrich Otto Hering ernannt; der Posten war ein halbes Jahr unbesetzt geblieben.

Der Bekenntnis der Unabhängigen zum Bolschewismus. Auf dem Parteitag der U. S. D. in Leipzig ist die Entschließung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission auf Zusammensetzung der Revolutionspartei zu einer tatkräftigen Internationale, die sich der Moskauer dritten Internationale und ihrem Bekenntnis zum Rätesystem und zur Diktatur des Proletariats anschließen müsse, mit 227 gegen 54 Stimmen angenommen worden.

Die Ablieferungsprämien für Getreide und Kartoffeln. Dem Reichsrat ist der Entwurf einer Verordnung über die Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide, Getreide und Kartoffeln zur Beschlussfassung zugegangen. Danach soll den Landwirten, die einen bestimmten Prozentsatz ihrer Ablieferungsschuldigkeit an Brotgetreide und Getreide erfüllt haben, eine steigende Prämie für jeden abgelieferten Zentner und den Kartoffelerzeugern ebenso eine steigende Prämie für jeden über die Hälfte ihres Ablieferungssolls gelieferten Zentner Kartoffeln gewährt werden, wobei die vor dem Inkrafttreten der Verordnung bereits abgelieferten Mengen berücksichtigt werden sollen. Wenn durch diese Prämien auch die Preise der genannten Produkte eine Erhöhung erfahren müssen, wird diese Belastung der Verbraucher doch dadurch wieder vermindert, daß mit jeder vermehrten Ablieferung sich die notwendige teure Einfuhr vom Ausland ermöglicht.

Ungarn.

Die monarchistische Bewegung. Eine Abordnung der ungarischen Royalisten unter Führung des Grafen Somssich brachte beim Ministerpräsidenten das Ersuchen vor, daß an dem ungarischen Wappen wieder die Stephanskronen angebracht werde, und daß bis zur Entscheidung über die Staatsform Ungarn nicht als Republik, sondern als ungarischer Staat bezeichnet werde. Ministerpräsident Huszar erklärte in seiner Erwiderung, er bekenne sich stolz als Royalist. In der Frage der Staatsform werde eine Volksabstimmung zu entscheiden haben. Er sei dessen sicher, daß eine gewaltige Mehrheit sich hierbei für das Königtum aussprechen werde. Was die von Somssich vorgebrachten Wünsche betreffe, so seien sie jetzt, wo man vor den Friedensverhandlungen stehe, nicht so wichtig. In fünf bis sechs Wochen werde man ohnehin in der Lage sein, in den innern Angelegenheiten Ungarns selbst zu entscheiden. Der Ministerpräsident ersuchte schließlich die Partei, unter Ausschaltung der persönlichen Frage ihre Tätigkeit fortzusetzen, wobei sie auf seine sowie auf die Unterstützung der Regierung rechnen könne.

Bereinigte Staaten.

Zur Präsidentenwahl. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus New York, daß der Marineminister Franklin Roosevelt, von den Demokraten, der Partei Wilsons, als Kandidat für die bevorstehende Präsidentschaftswahl aufgestellt werden soll.

Letzter Zeichnungstag: 10. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Was kostet?

die Deutsche Spar-Prämienanleihe

300 Mark bar

300 Mark Kriegsanleihe

Was bringt?

die Deutsche Spar-Prämienanleihe

Jedes Jahr

5000 Gewinne gleich
50 000 000 Mark

Jedes Jahr

25 000 Bonus-Gewinne von
1000 Mark bis 4000 Mark.

Jedes Jahr

50 Mark Sparginsen
für ein Stück von 1000 Mark.

Schluss der Zeichnung

10. Dezember, mittags 1 Uhr.

Einzahlungstermin 1.—8. Jan.

1. Ziehung: März 1920.

Frankreich.

Das Pressehaus in Paris, das während des Krieges gegründet wurde, soll nach einer Mitteilung der „Einkerte“ ausgebaut werden. In den drei Stockwerken sollen die Informationsdienste für die französische und die ausländische Presse untergebracht werden. Die „Nation de la Presse“ werde auch einen Spezialdienst mit Berlin unterhalten; denn es sei sicher, dass die französisch-deutschen Beziehungen die ausländische Politik beeinflussen werden. Im fünften Stockwerk wird der Büllebund unter Leitung von Leon Bourgeois ein Propagandabüro einrichten. Die anderen Stockwerke werden die Dienste für die sogenannten Deutsches Francaltes im Auslande übernehmen, das sind Kommissionen, die sich mit der Errichtung von Schulen und der Veranstaltung von Vorträgen und Kursen im Auslande beschäftigen.

Erhöhung der Kohlenpreise.

In den letzten Tagen fanden neue Verhandlungen über die Erhöhung der Kohlenpreise statt. Die Vertreter des Bergbaues forderten sie diesmal in erster Linie zu dem Zweck, ihre Betriebe wieder technisch auf die Höhe der Friedensförderung zu bringen. Die Werke sind während des Krieges fast abgewirtschaftet worden, die Instandhaltung ist unvollkommen, Erneuerungen sind fast vollständig unterblieben. Die Leistungsfähigkeit der technischen Einrichtungen und der maschinellen Anlagen ist stark zurückgegangen. Ganze Betriebe sind infolge dessen unwirtschaftlich geworden. Im Hinblick hierauf beschloß der neugegründete Reichskohlenverband in seiner ersten Sitzung, den vom rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat gestellten Antrag, dem sich andere Reviere angeschlossen, auf Erhöhung der Steinkohlenpreise nur 20 Mark für die Tonne dem Reichswirtschaftsminister zu unterbreiten. Dieser beanstandete den Vorschlag, aber nur wegen der Höhe der Forderungen, die zurzeit eine zu schwere Belastung unseres Wirtschaftslebens bedeuten würde. Die Regierung erkannte an, daß die Werke in die Lage versetzt werden müßten, die Förderung trotz der herabgesetzten Arbeitszeit wieder auf die Friedenshöhe, womöglich noch darüber hinaus, zu bringen. Wenn auch hierfür die erforderlichen Ersatz- und Neuanlagen infolge der anhaltend steigenden Materialpreise und Löhne zweifellos sehr kostspielig sein werden, konnte sich die Regierung doch nicht überzeugen, daß eine Preiserhöhung in dem geforderten Umfange für diesen Zweck wirtschaftlich berechtigt sei. Bei den anschließenden Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium wurde dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat unter Berücksichtigung des jetzigen Standes der dortigen Selbstkosten, die nenerdings von der Regierung sorgfältig geprüft wurden, eine Erhöhung der geltenden Preise um 7 1/2 Mark für die Tonne ohne Steuer mit Wirkung ab 1. Dezember bewilligt. Dieser Mehrpreis hat lediglich für den angegebenen Zweck zu dienen, sodaß ein Ausgleich für Lohnsteigerungen diesmal nicht in Frage kommt. Wegen der anderen Bergreviere sind die Prüfungen noch im Gange.

Vom Büchertisch.

Leutwein, Dr. Paul: „Der Diktator“, Sulla und die heutige Zeit. 4. 92 Seiten Carl Heymanns Verlag, Berlin 1920. Preis 5 Mark.

Die Arbeit bezweckt eine vergleichende Betrachtung der Sullanischen und der heutigen Zeit. Es ist auffallend, wie viele Vergleichspunkte mit der Gegenwart die innen- und außenpolitischen Verhältnisse des Römerreiches vor zweitausend Jahren bieten. In ungemein fesselnder und markanter Weise versteht Verfasser diese Vergleichspunkte hervorzuheben, ohne je in eine geistliche Tonart zu verfallen. Die Vergleichspunkte mit unserer Zeit ergeben sich vielfach in der Regel von selbst, und sind nur an den geschichtlichen Wendepunkten besonders ausgeführt. Leutwein läßt keinen Zweifel, daß Deutschland nur durch einen Diktator wiederhergestellt werden kann, und daß nur ein Diktator von den gemaltigen Eigenschaften des römischen Titianus Sulla diese Aufgabe zu lösen vermag. Die schwierige Aufgabe, das Verfassungswerk Sullas mit sachmännlicher Sorgfalt und doch plastisch herauszuarbeiten, ist Leutwein in vollem Maße gelungen. Von der militärischen Urteilskraft des Verfassers geben die Schlachtenbeschreibungen von Cereencia und Colina, sowie der glänzend geschilderte Abschnitt „Sulla als Feldherr“ zwingenden Beweis. Der Aufbau des Werkes zeugt von erprobter Technik. Der Stil ist frisch, die Sprache klar und überzeugend. So sehr der Verfasser bestrebt war,

das Werk allgemein verständlich zu halten, bietet er doch reiches Material von bleibendem Wert. Der geistvolle und scharf durchdachte Schrift ist die weiteste Verbreitung zu wünschen.

Aus Provinz und Nachbargebiete.

!: **Napfatten**, 6. Dez. Der unter dem Verdachte, den Höfster Frohwein ermordet zu haben, verhaftete G. H. H. wurde nach Wiesbaden ins Gefängnis überführt.

!: **Vom Westertal**, 6. Dez. Solch reges Leben in seinem Braun- und Kohlenbergbau wie jetzt hat der Westertal noch nie gesehen. Nicht nur, daß die Belegschaft auf den in Betrieb befindlichen Gruben bis auf den letzten unterzubringenden Mann verstärkt sind, auch an den alten Halben und Hügeln, wo vor Jahrzehnten und Jahrhunderten die gewonnenen Steine vor den alten Stollen und Schächten jahrelang lagerten und auf Abzug warteten, wird gegraben, geschauelt und emsig zum nächsten Bahnhof gefahren. Es sind die Abfallsteine, wo früher der Bauer für 10 Pf. seinen Jahresbedarf zur Heizung seines Futtertellers holte. Die Grube „Wilhelmsche“ bei Bad, die bedeutendste des Westertales, ging kürzlich durch Pacht an die Größirma August Thymen-Essen über. Dann sind auf Grube „Segen Gottes“, unweit Großeffen und der städtischen Grube „Dranten“ bei Stockhausen, die beide über 20 Jahre still gelegen, die Arbeiter wieder aufgenommen worden.

!: **Bad Gomburg** v. d. H. 6. Dez. Drei aufsehenerregende Einbrüche verübten in der Villa des Kommerzienrats Neemann einen Einbruch, wobei sie Silberzeug im Wert von 80 000 Mark erbeuteten. Während der Heimfahrt nach Frankfurt wurde ein Schaffner auf das Mitführen der Silbergegenstände in dem End aufmerksam. Er veranlaßte deshalb im Bahnhof Heddenheim die Festnahme der Diebe, wobei diese, als sie zur Wehr setzten, schwer verprügelt wurden.

!: **Frankfurt a. M.** 6. Dez. 500 Schieber sind in der Reichswehr, Kriminalpolizei und Gendarmerie verhaftet worden auf die bekannten Schieberlokale Kaffee Goldschmidt und Mandl in der Allerheiligenstraße eine glänzend durchgeführte Aktion, die in der Hauptstadt der Bekämpfung des Schiebertums ist. Nachdem die Zugänge zu den angrenzenden Straßen in weitem Umkreis durch Reichswehrtruppen abgesperrt waren, drang die Kriminalpolizei gleichzeitig in die Kaffees ein, wo etwa 5—10 Personen, meistens Schieber, verhaftet waren. Auf den auf „Hände hoch!“ mußten die Leute aufstehen und die etwa vorhandenen Waffen abgeben. Dann wurden sie in geschlossenen Zügen unter Begleitung einer riesigen Menschenmenge dem Polizeigefängnis zugeführt. Hier fand eine gründliche Prüfung der Personalien der Eritierten statt; bei den meisten ermittelte man außerordentlich hohe Geldbeträge, in einzelnen Fällen bis zu 100 000 Mark. Unter 6000 Mark trug keiner der Männer bei sich. Nach Feststellung der Personalien wurden die Leute bis auf jene, die ohne festen Wohnsitz waren und gegen die Anzeigen vorlagen, entlassen. Insgesamt blieben 40—50 Personen in Haft. Die ganze Aktion, der der Polizeipräsident Ehrler beizuwohnte, trug sich ohne jeden Zwischenfall zu.

!: **Alzen**, 6. Dez. Daß sich bei der Bürgermeistereiwahl zwei Ehegatten, Mann und Frau, in scharfem Konkurrenzkampf gegenüberstanden, dieses Schauspiel erlebte am letzten Sonntag die Gemeinde Wald-Michelshausen. Sieger blieb der Mann, Herr Ludwig Philipp Hill, mit rund 200 Stimmen gegen ganze 8 Stimmen, die seine Gattin auf sich vereinigte.

!: **Vom Rhein**, 6. Dez. Nach einer kurzen Zeit der Schwierigkeiten ist, nachdem das Wasser im ganzen Rheingebiet wieder stark weggelassen, jetzt eine Besserung eingetreten.

Zeichnungsschluss: 10. Dez. 1919 • Einzahlungstermin: 1.—8. Januar 1920 • 1. Ziehung: März 1920

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Jährliche Gewinne:						
10	Gewinne	zu	Mark	1 000 000	Mark	10 000 000
10	"	"	"	500 000	"	5 000 000
10	"	"	"	300 000	"	3 000 000
10	"	"	"	200 000	"	2 000 000
20	"	"	"	150 000	"	3 000 000
40	"	"	"	100 000	"	4 000 000
100	"	"	"	50 000	"	5 000 000
200	"	"	"	25 000	"	5 000 000
400	"	"	"	10 000	"	4 000 000
600	"	"	"	5 000	"	3 000 000
800	"	"	"	3 000	"	2 400 000
800	"	"	"	2 000	"	1 600 000
2000	"	"	"	1000	"	2 000 000
5 000 Gewinne				Mark 50 000 000		

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt unter Abzug von 10%. Ein mit einem Gewinn gezogenes Spar-Prämienstück nimmt auch an den späteren Gewinnziehungen teil, bis es zurückgezahlt wird. Weiter findet jährlich einmal eine Auslosung zwecks Rückzahlung statt. Die in dieser Tilgungsziehung gezogenen Nummern erhalten den Nennwert von 1000 M. und die aufgelaufenen Zinsen von 50 M. für jedes abgelaufene Jahr, außerdem aber noch jede zweite Nummer

eine Sonderprämie (Bonus) von 1000 bis 4000 Mark.

Zahlungsweise: Für jedes Stück von 1000 Mark sind zu zahlen 500 Mark in Kriegsanleihe und 500 Mark in bar, und zwar bei der Zeichnung 100 Mark in bar, die restlichen 400 Mark und die 500 Mark Kriegsanleihe 1.—8. Januar 1920. Beleihung: Die Spar-Prämienanleihestücke werden von der Reichsbank und Darlehnskassen mit 85% des Börsenkurses beliehen.

Zeichnungen bei allen Banken, Bankiers, Sparkassen und Genossenschaften.

durch eine verstärkte Kohlenförderung der Ruhr-Bezirk, die auch einen größeren Teil der Halbenbrunn-Kohlen, welche eine erhebliche Erhöhung der Kohlenpreise nach d. Ruhrhafen. Die Verkehrslage ist durch reichliches Angebot von Kohlenraum und Schlepplage günstig.

Versammlung der Privatangehörigen des Unterlahnkreises.

Die am Sonntag, im Hotel Belle Vue zu Nassau abgehaltene Versammlung der Privatangehörigen der unteren Kreise war sehr zahlreich besucht. Es fand zunächst eine einstimmige Aussprache über die wirtschaftliche Lage der Angehörigen statt. Hierbei schlossen sich die verschiedenen Verbände, und zwar Gruben- und Fabrikanten-Verband, Arbeiter-Verband, Zentralverband der Angehörigen, Reichsverband Deutscher Angestellten, Deutscher Handlungsgehilfen-Verband, Deutsch-nationaler Handlungsgehilfen-Verband, zu einem Ortskartell zusammen unter dem Namen: „Ortskartell der Privatangehörigen-Verbände der unteren Kreise, Ems, Ems, Ems“. Einstimmig wurde zum folgenden Entschließen des Kartells angenommen: „Die heute in Nassau versammelten kaufmännischen, gewerblichen und handwerklichen Angehörigen der unteren Kreise schließen sich als ein Gebot an, um die fast durchweg sehr rückständigen Verhältnisse in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht der Angehörigen entsprechend den heutigen Lebensbedingungen zu verbessern und zu fördern. Sie fordern die den Verbänden noch fehlenden Kollegen dringend auf, sich einem Verbande anzuschließen, damit auch ihre berechtigten wirtschaftlichen Interessen voll und ganz gewahrt werden können.“ Infolge der Kürze der Zeit, die für die Einberufung der Versammlung nur verfügbar war, ist es möglich, daß bestehende Ortsorganisationen nicht die Gelegenheit hatten, ihre Vertreter in die Versammlung zu entsenden. Diese Organisationen werden gebeten, gleichfalls Mitarbeiter bei der Ausfertigung des Kartellprogramms mit dem Vorsitzenden des Kartells in Nassau in Verbindung zu treten, damit sie ihre Vertreter zu den demnächst stattfindenden Versammlungen des Arbeitsausschusses des Kartells entsenden können.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Silberne Hochzeit feiert heute Oberkellner Emil und seine Frau Lina, geb. Pflü, Marktstraße.
Jubiläum. Das altbekannte und geachtete Spielwaren-Unternehmen von W. Schandua in Bad Ems feiert in diesem Jahre sein 50-jähriges Bestehen. Dem Gründer des Hauses, dessen Sohn und Nachf. ist es gelungen, sich in weitem Maße des Vertrauens seiner Mitbürger zu erziehen.
Die Kasse der Kirmes. Die letzte Kirmes in diesem Jahre war, wie uns mitgeteilt wird, trotz des hundebleichen Wetters gut besucht. Nachdem die Gäste den Weg zur „Häufelhöhe“ hinaufgestiegen waren, nahmen sie mit, was sie mitbringen wollten, und saßen dann einheimische „Kräfte“. Die Verlosung waren allerlei nützliche Sachen besetzt. Die Stimmung im ganzen blieb dann auch kaum hinter dem Eifer der Marktes zurück, bei dem, wie man raunt, teilweise der Regen des Vergnügens auch recht hoch gegangen sind.
Der deutsche Metallarbeiter-Verband Ems hält am Abend 7 Uhr eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr Müller über das Betriebsratsgesetz und Lohnverhältnisse sprechen und der sich nun öffentliche Aussprache anschließt.
Die Sozialdemokratische Partei Bad Ems hielt am Sonntag im Gasthaus „Furg Liebenstein“ eine Versammlung ab, über deren Verlauf uns folgender Bericht liegt: Vorsitzende Karl Ruffe eröffnete um 7 Uhr die Versammlung und dankte den Mitgliedern für ihr zahlreiches Erscheinen. Er bat, dem Vorstand es nicht zu verübeln, daß in 4 Wochen keine Versammlung mehr zustande gekommen. Der Vorstand sowie die Fraktion seien demnach mit Arbeit überlastet gewesen, daß die Mitglieder-Versammlungen verzagt hätten zurückgesetzt werden müssen. Die Mit-

glieder dürften jedoch nicht glauben, daß der Vorstand das Interesse an der Aufklärungsarbeit innerhalb der Partei verloren hätte. Der Vorstand sei im Gegenteil der Überzeugung, daß die Aufklärung, die Erziehung zum Sozialismus über den Weg der Demokratie, notwendiger und dringender denn je sei. In den vergangenen Wochen sei das Trüben gewisser reaktionärer Kreise im Kreise derart in Erscheinung getreten, die Reaktion hätte derart frech ihr Haupt erhoben, daß das werktätige Volk sich rufen müsse, um im gegebenen Moment schlagfertig zu sein. „Darum“, sagte Vorsitzende Ruffe, „findet sich diese Karte nicht mit den Tatsachen, die doch das Ergebnis der Entwicklung sind, ab und arbeitet mit dem Vorhandenen, ohne sich in monarchistischen Utopien auszulassen, für die die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes kein Verständnis aufbringt. Doch solange noch Monarchismus im Reiche gepflegt, so lange wird und muß das werktätige Volk wachsam und bereit sein gegen den Feind, der rechts steht.“ Um diesen Kampf erfolgreich führen zu können, müsse sich die arbeitende Volksmasse — genau so wie die Reaktionen — zusammenschließen und sich nicht dem Luxus der Zersplitterung, wie man dies leider täglich wahrnehmen könne, erlassen. Der Tag des Erwachens könnte furchtbare und schmerzliche wieder gut zu machende Überraschungen bringen. — Vorsitzende Ruffe gab dann einen genauen Bericht über die Tätigkeit innerhalb der in den letzten 4 Wochen stattgefundenen 14 Fraktions-, Vorstand-, und Stadtverordnetenversammlungen, um den Mitgliedern die erledigten umfangreichen Arbeiten vor Augen zu führen. Bei dieser Gelegenheit schnitt er an, daß ihm wohl bekannt sei, daß man ihn als „zu lau“ bezeichne, da er nicht genug in den Stadtverordnetenversammlungen „weiter“ trete. Er fügte sich jedoch nicht an solchem sinnlosen Geschwätz, sondern gehe seinen geraden Weg weiter. Mit einer sogenannten Rabaukpolitik könne keine erfolgreiche Arbeit geleistet, dem schärfsten Gegner nur dann Achtung und Respekt abgerungen werden, wenn man in allen Fragen ruhig, sachlich und vornehm bleibe, ohne dabei sein gestecktes Ziel außer acht zu lassen. Die Versammlung stimmte dem auch bei. — Eine vom Vorstand angearbeitete Geschäftsleitung gelangte nur zur Verlesung; zur Diskussion und Abstimmung konnte nicht geschritten werden, da die Versammlung nicht beschlußfähig war. — Ferner wurde eine Konstitution — bestehend aus den Mitgliedern Einscheidt, Zimmermann, Müller und Böcker — gewählt, die sich mit den Vorarbeiten zur Abhaltung einer Weihnachtsfeier beschäftigen soll. — In der allgemeinen Aussprache gab Vorsitzende Ruffe ein Schreiben des Direktors Dr. Sawicki bekannt, in dem dieser seine Unterstützung bei Aufnahme von befähigten Volksschülern vermögensloser Leute in die Realschule zusagt. Vorsitzende Ruffe dankte Dr. Sawicki für seine Unterstützung und bat die Mitglieder, mit Vorschlägen an ihn heranzutreten. Ferner gab Ruffe die Beschlagnahme von 12 bis 1500 Paar Schuhen bekannt, die er mit Hilfe des Gen.-Wachtm. Munk und des Partei-Mitgliedes Zimmermann zustande gebracht habe. Er hoffe, daß die Schuhe der Ems'er Bevölkerung für billiges Geld zukommen. Mitglied Einscheidt gab bekannt, daß das Lebensmittelfest bald in Ems etabliert, einem vielfältigen Wünsche damit endlich Rechnung getragen wird. — Am Schluß der Versammlung sprach Ruffe den Mitgliedern für ihre eifrige Unterstützung bei Erledigung der Tagesordnung seinen Dank aus und bat, auch fernherhin die Versammlungen eifrig zu besuchen, damit Aufklärung in die werktätige Bevölkerung gelangt, die bitter not tut, um uns vor dem gegenwärtigen Verfall zu bewahren, das uns den Kampf nach rechts letzten Endes unmöglich macht.

Aus Diez und Umgegend.

Volksschule. Auf mehrfache Anfragen sei mitgeteilt, daß der Verein für Volksschule seine üblichen öffentlichen Unterhaltungsabende keineswegs einzustellen ged. u. t. Lediglich die besonderen Schwierigkeiten der Jetztzeit machten es bis heute unmöglich, die alte Tätigkeit fortzusetzen. Sie

soll am Sonntag, den 21. Dezember, mit einem Unterhaltungsabend wieder begonnen werden. Von der Mitwirkung von Kräften des Rhein-Mainischen Verbandes für Volksbildung mußte diesmal Abstand genommen werden. Damen und Herren von hier haben sich bereitfinden lassen, ihre bewährten Kräfte in den Dienst der Volksbildungsarbeit zu stellen, und werden bei dem vorwiegend musikalischen Programm des ersten Abends mitwirken. Näheres wird in Kürze bekannt gegeben. Heute schon wird aber die Einwohnerschaft von Diez und Umgebung gebeten, die idealen Bestrebungen des Vereines für Volksbildung durch recht zahlreichen Besuch der ersten Veranstaltung zu unterstützen. Der Eintrittspreis wird ein einheitlicher und geringer sein.

Der Verein für nassauische Altertums- und Geschichtsforschung ist mit seinem Mitgliederstand jetzt wieder auf die Höhe der Friedensjahre gekommen. Seine regelmäßigen Zusammenkünfte haben in allen Kreisen der Einwohnerschaft lebhaften Anklang gefunden. Das ist in der jetzt so materiell gerichteten Zeit erfreulich. Bei der letzten Zusammenkunft am vergangenen Freitag war der kleine Saal im Gasthaus Wetzheimer überfüllt. Herr Herr. Hed jun. legte seine Vortragsreihe fort und behandelte diesmal den Ringwall „Alte Burg“ und die Hügelgräber in der Umgebung von Diez. Eine große Anzahl der in diesen Gräbern gemachten Funde befindet sich im Ortsmuseum; sie wurden von den Mitgliedern am Sonntag einer eingehenden Besichtigung unterzogen. — Die ausführlichen Mitteilungen des Schriftführers, Herrn A. Hed über Weiburger Graben, die eine kleine Ausstellung jüngerer Stücke unterstützte, werden sicher dazu beitragen, in Diez weitere Kreise des wertvollen Steinzeits an den Tag zu fördern. — Nach den beiden Vorträgen gab der Vorsitzende, Herr P. Schwarze, eine kurze Biographie des weltberühmt gewordenen nassauischen Schriftstellers W. H. Riehl und las dann aus dessen Buch „Religiöse Studien eines Weltkinder“ den autobiographischen Teil vor. Die Versammlung folgte den prächtigen Schilderungen Riehls mit größtem Interesse und gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Vorlesung in der nächsten Versammlung (2. Januar) fortgesetzt werden möge. — Herr A. Roddab war in der Lage, der Versammlung weitere Funde alter Gebrauchsgegenstände und Waffen vorzuzeigen, die dem Ortsmuseum überwiesen werden. — Ueber den Stand der Diezer Flurnamenskammlung gab Herr H. Hed jun. Auskunft. Die Katasterauszüge sind fertig gestellt und die wichtige Arbeit wird in Kürze vollendet sein. Die schon erwähnte Besichtigung des vielen Diezern noch unbekannten Ortsmuseums (Altstadt 28) soll am kommenden Sonntag (10.30 Uhr neue Zeit) unter jachdindigen Führung wiederholt werden. (Den Vortrag des Herrn Herr. Hed jun. bringen wir in der nächsten ausführlichen Form. S. geistige Nr. d. Bzg. D. Schriftl.)

Aus Nassau und Umgegend.

Kleinkinderschule. Der Vorstand der hiesigen Kleinkinderschule hat beschlossen, in anbetrach der bedeutenden Mehrausgabe für die Schule das Monatsgeld der sie besuchenden Kinder vom 1. Januar 1920 ab zu erhöhen. Es soll für ein Kind 0,50 Mark, für zwei Kinder derselben Familie 0,75 Mark, und für drei Geschwister 1 Mark erhoben werden. Wir hoffen und wünschen, daß unsere Kleinkinderschule, die schon lange Jahre in unserer Stadt besteht, auch fernherhin zum Segen für unsere Kinder und unsere Familien wirken möge.
Die Kirchenglocken. Für die drei abgelieferten Glocken der evangelischen Kirchengemeinde wurden f. B. 4180 Mark überwiesen, die vom Kirchenvorstand umgehend zinsbringend angelegt worden sind und mit der jetzigen Sammlung, die noch nicht abgeschlossen ist, einen schönen Grundstock für die Beschaffung eines neuen Glockengeläutes in ihre Heimatstadt jandte. Möchten doch noch recht viele Söhne und Töchter unserer Stadt ihrer Heimat gedenken, damit recht bald wieder ein volles Geläut vom Kirchturme schallt.

Lebensmittelverteilung.

Verkaufstage vom 8.—13. Dezember.
Verkäufer: Inhaber der Kundenlisten.
Kartons, 150 Gramm auf Nr. 15 der Lebensmittelkarte.
Kartons, 200 Gramm auf Nr. 16 der Lebensmittelkarte.
Kartons, 125 Gramm auf Nr. 11 der Fettkarte in den Buttergeschäften.
Kartons, 125 Gramm auf Nr. 17 der Lebensmittelkarte in den Buttergeschäften.
Bad Ems, den 8. Dezember 1919.
Verbrauchsmittel-Amt.

Zufall für den Weihnachtstisch.

Billig zu verkaufen.
10 Jahrg. Buch der Unterhaltung u. des Wissens, Kosmosbücher, Andrees Handatlas, Dr. Schuberts Naturgeschichte u. v. andere wissenschaftliche Bücher, Romane, Erzählungen, Zeitschriften, sehr gut erhalten, teilweise neu. Dasselbst eine gebrauchte, teilweise neue, ein Schleifstein mit Fußbetrieb. Friedr. Grimm, Marktstr. 33, Ems.

Vom 1. Dezember ab werden **Coupons** von festverzinslichen Werten ohne weiteres nur dann eingelöst, wenn entweder das ganze Stück, oder der Couponbogen mit Talon bei einer Bank hinterlegt sind.

Zur Annahme derselben bin ich jederzeit bereit und empfehle mich gleichzeitig für alle bankgeschäftlichen Transactionen.

Edgar Herz, Bankgeschäft, Oberlahnstein.

Todes- + Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluss wurde Sonntag früh uns unser liebes, teures Kind

Hermine

im Alter von 12 Jahren in ein besseres Jenseits abgerufen

In tiefer Trauer

Familie Karl Szieleit nebst Angehörigen.

Bad Ems, den 9. Dezember 1919.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 10. Dez., nachmittags 3 Uhr von Coblenzerstrasse 5 aus statt.

Traueramt Donnerstag, den 11. Dez., 6^{3/4} Uhr. [825]

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer unvergesslichen Mutter, sagen wir insbesondere den Schwestern des Diakonissenheims für die liebevolle Pflege, den Herrn Trägern und für die überaus zahlreichen Blumenpenden auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:
Frieda Ludwig. Familie Bärz.

Bad Ems, den 8. Dezember 1919.

Zu kaufen gesucht:

Stillgelegte Transmissionen, Feldbahnen u. maschinelle Einrichtungen kompletter Betriebe. Angebote an Wilhelm Mauer, Höchst a. Main.

Möbel-Haus

G. Röhl, sen., Lahnstr. 21, Ems.
Kauf und Verkauf gebrauchter Möbel u. Einrichtungsgegenstände aller Art, sowie antike Möbel, Porzellan, Glas, Zinn usw. stets große Auswahl. 885

In ein erstes Weinrestaurant nach Ems sofort mehrere brave

Mädchen

für Küchenarbeit gesucht. Lohn 100 M. Vorstellung Lahnstr. 38, part., Ems.

Eine Tischmangel

und eine Stopfmaschine, neu, passend für Nachschneidung zu verkaufen. 1828
Hömerstr. 43 I, Ems.

Unterh. blauer [829]

Anzug (mittl. Größe) und schwarze Hose preiswert zu verkaufen. Eintrachtstraße 2, Ems.

Röchin

gesucht von einer französischen Familie. Vorzustellen vom 19. Dezember ab in der Villa Dreis in Ems. 1927

Suche

für den Haushalt meines alten Vaters geeignete Persönlichkeit, welche im Kochen und in allen Hausarbeiten gut erfahren ist. Hohes Gehalt, gute Behandlung und Vergütung sichere ich zu. Frau Steinberg, Bad Ems Billen-Promenade 3. 1824

Zement-Futtertrog, Gasbratofen, Schirmkühler, mehrere Röhren mit Reifem Band, Herren Deckenschiffe, Porzenden zu verkaufen. Wo fragt die Geschäftsst. 1818

Waggon

(Eig. Waggon) zu verkaufen. 1821
Bachstr. 17, Ems.

Charakterpuppe

mit weißer Haut zu verkaufen. Schulstr. 11, Ems.

Ein Zimmer u. Küche

gesucht von alleinlebender Dame. Pfl. Angerstr. 418 an die Geschäftsstelle abgeben. 1821

30 M! u. mehr ist der Preis, den ich ab. Abnehmer: W. 275 000. P. Wagenbach, Verlag, Leipzig.